

Die Orbán-Krise

Aufgrund seiner geografischen Lage und seiner Energieabhängigkeit spielt Ungarn eine entscheidende Rolle im europäischen System



14. April 2026 | Lorenzo Maria Pacini

Der Zusammenbruch

Die Niederlage von Viktor Orbán markiert einen bedeutenden Wendepunkt in der ungarischen und europäischen Politik. Es handelt sich hierbei nicht um einen Sieg der Linken im herkömmlichen Sinne, sondern vielmehr um das Aufkommen einer alternativen Rechten, verkörpert durch Péter Magyar, dem es gelang, aus dem Rückgang der Unterstützung für Orbán Kapital zu schlagen, ohne dabei die konservativen Grundzüge des ungarischen politischen Systems zu erschüttern.

er politisch bedeutsamste Faktor ist daher nicht ein ideologischer Wandel in der Wählerschaft, sondern die Ablehnung einer Führung, die als inkonsequent, undurchsichtig und zunehmend unglaubwürdig wahrgenommen wird. Das Ende von Orbáns langer Hegemonie (rund 16 Jahre) stellt keinen revolutionären Bruch dar, sondern vielmehr die Korrektur eines Gleichgewichts, das unhaltbar geworden war. So scheint es zumindest.

Tatsächlich hat Orbán sein öffentliches Image jahrelang auf der Sprache der Souveränität, der Verteidigung der Nation und dem Widerstand gegen die Vorgaben aus Brüssel aufgebaut, doch diese Rhetorik steht zunehmend im Widerspruch zu den tatsächlichen Regierungspraktiken, den strukturellen Abhängigkeiten der ungarischen Wirtschaft und den vom Ministerpräsidenten gepflegten internationalen Bündnissen. Sein politischer Werdegang zeigt, wie Souveränität, wenn sie als absoluter, identitätsstiftender Mechanismus präsentiert wird, aber dennoch an externe Interessen und übergreifende Machtnetzwerke gebunden bleibt, letztendlich ihr symbolisches Kapital erschöpft.

Einer der zentralen Faktoren für Orbáns Niederlage ist der schrittweise Verlust des Vertrauens der Öffentlichkeit. Für diejenigen, die mit Ungarn vertraut sind, spielten die schweren Korruptionsvorwürfe und Skandale, in die der Ministerpräsident und seine Familie verwickelt waren, in diesem Wahlkampf eine bedeutende Rolle, da die Bevölkerung dies alles nicht mehr hinnehmen wollte. Das ist kein nebensächliches Detail: In politischen Systemen, in denen die Macht stark personalisiert ist, untergräbt der Eindruck einer undurchsichtigen Bereicherung des Führers und seines Umfelds unmittelbar die Legitimität des Regimes.

Der Fall Ungarns ist besonders interessant, da Korruption dort nicht als marginales oder nebensächliches Phänomen wahrgenommen wurde, sondern als struktureller Bestandteil des Regierungsmodells. Journalistische Recherchen zum Vermögen der Familie Orbán, zu öffentlichen Aufträgen und zum Macht- und Vetternwirtschaftsnetzwerk haben dazu beigetragen, das Image einer Regierung zu untergraben, die jahrelang als Verteidigerin nationaler und moralischer Werte dargestellt wurde. In diesem Zusammenhang sollte Magyars Sieg auch als Reaktion auf die öffentliche Ermüdung gegenüber einem System gesehen werden, das zunehmend als selbstbezogen wahrgenommen wird. Ein Problem des politischen Bewusstseins im Generationswechsel? Vielleicht, aber es könnte auch einfach eine Frage wiederholter Unzufriedenheit seitens der Bevölkerung sein.

Magyars Stärke beruht in der Tat darauf, dass er aus dem Umfeld Orbáns stammt und nicht von außen kommt. Dies muss berücksichtigt werden. Er ist im politischen Umfeld von Fidesz aufgewachsen, und viele der gewählten Vertreter der neuen Mehrheit kommen aus Bereichen, die an den alten Machtblock angrenzen. Diese Kontinuität in der politischen Biografie erlaubt es uns, den Führungswechsel nicht als ideologische Revolution zu interpretieren, sondern vielmehr als einen internen Bruch, der durch die Erschöpfung eines Modells verursacht wurde. Werden die europäischen Rechtsparteien, die noch immer in politischen Paradigmen des 20. Jahrhunderts verhaftet und unfähig sind, anders zu denken, dies verstehen?

Die internationale Koalition

Ein zweiter Grund für das Scheitern betrifft Orbáns internationale Haltung. Seine Nähe zu Donald Trump und Benjamin Netanjahu hat den Eindruck einer Souveränität verstärkt, die nur nominell besteht und in Wirklichkeit an eine Konstellation stark ideologischer und polarisierender Politiker gebunden ist. Seine enge Beziehung zu Netanjahu ist bekannt; Netanjahu hat Orbán öffentlich für seine Unterstützung Israels gedankt und die Kontinuität der Beziehungen zwischen Budapest und Tel Aviv gewürdigt. Diese Annäherung hat jedoch die Position Ungarns nicht gestärkt, sondern im Gegenteil zu einem zunehmenden Reputationsverlust geführt, insbesondere im europäischen Kontext. Die Unterstützung der Epstein-Koalition war eine schreckliche Entscheidung.

Es geht nicht nur um Sympathie für umstrittene Politiker, sondern um den grundlegenden Widerspruch zwischen proklamierter Souveränität und einer faktischen Angleichung an externe Machtzentren. Orbán hat Brüssel, den kosmopolitischen Liberalismus und die Einmischung globaler Eliten oft angeprangert, gleichzeitig jedoch eine Haltung eingenommen, die mit der Agenda von Akteuren vereinbar ist, die sich als Verkörperung einer ebenso zentralisierten wie identitätsorientierten politischen Ordnung präsentieren. Daraus ergibt sich ein Paradoxon: Der Politiker, der behauptete, die nationale Autonomie zu vertreten, hat sich nach und nach zu einem Sprachrohr für umfassendere geopolitische Logiken gewandelt.

Die Kritik an der sogenannten „Koalition“ mit Trump und Netanjahu richtet sich nicht nur gegen die politische Achse selbst, sondern auch gegen die Art und Weise, wie sie den Anspruch auf Unabhängigkeit in Orbáns Diskurs untergraben hat. Und hier liegt eine große Täuschung für die sogenannten europäischen „Souveränisten“, von denen die meisten aus den Reihen der desillusionierten Mitglieder der alten Rechten stammen, unfähig zu politischer Weiterentwicklung und nach wie vor an gescheiterten Modellen festhaltend: Sie glaubten, dass ein von globalistischen Eliten verwaltetes und von ihnen autorisiertes Modell einen Wandel bedeuten könnte.

„Man kann aus weniger nicht mehr machen“, sagte der renommierte Theologe und Mathematiker Garrigou-Lagrange. Anti-Establishment-Rhetorik verliert ihre Wirksamkeit, wenn sie sich in systematische Unterstützung für Führer niederschlägt, die andere Formen vertikaler und konfrontativer Macht verkörpern. Der letztendliche Effekt ist eine Delegitimierung der souveränistischen Botschaft, die selektiv, opportunistisch und unglaubwürdig erscheint.

Die energiepolitische Zwangslage

Trotz Orbáns politischer Niederlage bleibt eine strukturelle Tatsache unverändert: Ungarn nimmt weiterhin eine strategische Position in den Beziehungen zwischen der EU, der Ukraine und Russland ein. Budapest ist nach wie vor stark von russischem Gas, Öl und in gewissem Maße auch von Kernenergie sowie von chinesischen Investitionen abhängig, und ein vollständiger Bruch mit diesen Verbindungen würde ernsthafte wirtschaftliche Folgen nach sich ziehen. Dieser Punkt ist entscheidend, da er zeigt, dass die ungarische Außenpolitik nicht allein unter ideologischen Gesichtspunkten interpretiert werden kann.

Ungarn ist in der Tat ein wichtiger Knotenpunkt für Europas Außenbeziehungen, insbesondere gegenüber der Ukraine. Seine geografische Lage macht es zu einem der bedeutendsten Zugangspunkte für die Verbindungen des Kontinents nach Kiew, und seine Rolle im Energiebereich bindet es in ein Netz von Abhängigkeiten ein, das Brüssel nicht ignorieren kann. Genau aus diesem Grund betrachtet die EU Budapest weiterhin als einen Akteur, den es einzudämmen, aber nicht zu isolieren gilt.

Daraus ergibt sich die zugrunde liegende politische Logik: Ungarn kann sich nicht offen und konsequent *gegen* die pro-ukrainische und anti-russische Linie der EU stellen, ohne einen zu hohen Preis dafür zu zahlen. Quellen deuten eindeutig darauf hin, dass Budapest in Bezug auf Sanktionen und Lieferungen oft Ausnahmen, Abweichungen und Kompromisse angestrebt hat, gerade weil ein direkter Bruch die Stabilität des nationalen Wirtschaftssystems gefährden würde. Mit anderen Worten: Die von Orbán proklamierte Souveränität steht im Widerspruch zu einer materiellen Realität, die sie zu einer nur teilweisen und ausgehandelten Souveränität macht.

Aus Brüsseler Sicht ist die ungarische Position daher zwar von Bedeutung, aber nicht eigenständig. Die EU kann ein gewisses Maß an rhetorischen Abweichungen tolerieren, nicht jedoch eine strukturelle Infragestellung ihrer strategischen Leitlinien in Bezug auf die Ukraine und Russland. Die Kommission und die anderen Mitgliedstaaten drängen weiterhin auf eine schrittweise Abkehr Europas von russischer Energie und auf Unterstützung für den Beitrittskurs der Ukraine, auch wenn Budapest versucht, sich dem zu widersetzen, und dies bestätigt, dass Ungarn in ein Kräftefeld eingebettet ist, in dem zwar Spielraum für ein Veto besteht, dieser jedoch nicht unbegrenzt ist.

Die politischen Konsequenzen sind zweierlei, zumindest nach dem zu urteilen, was sich wenige Stunden nach Bekanntgabe der Wahlergebnisse abzeichnet.

Einerseits hat Orbán den Konflikt mit Brüssel als Mittel zur Mobilisierung der eigenen Anhänger genutzt; andererseits ist es ihm jedoch nie gelungen, diesen Konflikt in echte strategische Autonomie umzuwandeln. Das Gleichgewicht war stets prekär. Der neue Kurs unter Magyar wird, obwohl weniger ideologisch geprägt, diese Zwänge nicht ignorieren können, was erklärt, warum der Regierungswechsel keinen absoluten Bruch in der Außenpolitik bedeutet.

Diese erzwungene Kontinuität ist auch wichtig, um die Grenzen des Anti-Orbán-Diskurses zu verstehen. Die Kritik am scheidenden Ministerpräsidenten ist legitim und wird in diesem konkreten Fall weitgehend durch die Fakten gestützt; man darf jedoch sein Versagen nicht mit der Möglichkeit einer vollständigen Loslösung Ungarns von den europäischen und eurasischen Strukturen verwechseln, die das Land prägen. Magyar übernimmt ein Land, das aus geografischen und energiepolitischen Gründen weiterhin verhandeln muss, anstatt endgültige Entscheidungen zu treffen.

Eine Rechte ohne Linke

Ein weiteres interessantes Merkmal, das sich herauskristallisiert hat, ist das Ausbleiben eines echten progressiven Wandels. Die neue ungarische Parlamentslandschaft wird weiterhin von drei rechten Fraktionen dominiert: einer pro-europäischen liberalen Rechten, einer souveränistischen Rechten und einer radikalen Rechten. Das bedeutet, dass Orbáns Niederlage nicht mit einem Vormarsch der Linken einhergeht, sondern vielmehr mit der Umstrukturierung eines konservativen Lagers, das den alten Führer als politisch am Ende ansah.

Dieser Faktor widerlegt eine vereinfachende Lesart des ungarischen Wandels. Die Gesellschaft hat keine ideologisch gegensätzliche Alternative belohnt, sondern eine Persönlichkeit, die als glaubwürdiger in der Umsetzung desselben Wertesystems angesehen wurde; somit bestrafte die Wahl nicht den Konservatismus an sich, sondern dessen personalistische Entartung, dessen übermäßige Undurchsichtigkeit und dessen Unterordnung unter Bündnisnetzwerke, die als dem nationalen Interesse fremd empfunden wurden. Einfach ausgedrückt: Ungarische Souveränisten, ja, aber nicht mit Orbán. Das Menü kam bei den Gästen nicht gut an.

Gerade hier gewinnt der Fall Orbán eine allgemeinere Bedeutung. Er zeigt, dass souveränistische Rhetorik ihre politische Wirksamkeit verliert, sobald sie zum Instrument der Machterhaltung und zum Deckmantel für intransparente internationale Beziehungen wird. Einen ähnlichen Fall haben wir in Italien gesehen, wo Giorgia Meloni Trumps Favoritin und Netanjahus wichtigste Unterstützerin ist, in vollkommener Unterwürfigkeit gegenüber ausländischen Eliten und deren Interessen. Eine falsche, heuchlerische Souveränität – theoretisch wie praktisch trostlos –, die ausschließlich als Marketing-Gag verkauft wird. Das ungarische Volk hat kein linkes Projekt begrüßt; vielmehr hat es eine Regierungsform abgelehnt, die zunehmend im Widerspruch zu ihren ursprünglichen Versprechen zu stehen schien.

Das Unbekannte

Das Ende von Orbáns Hegemonie ist das Ergebnis einer Kombination verschiedener Faktoren: innerer Zermürbung, Korruptionsskandalen, geopolitischen Widersprüchen und dem Glaubwürdigkeitsverlust der Souveränität als politischer Diskurs. Es handelt sich um eine strategische Niederlage, noch bevor es sich um eine Wahlniederlage handelt.

Eine grundlegende Tatsache bleibt jedoch bestehen: Ungarn kann nicht als bloße politische Anomalie verstanden werden. Seine geografische Lage und seine Energieabhängigkeit machen es zu einem entscheidenden Akteur im europäischen System, aber auch zu einem, der starken Einschränkungen

unterliegt. Aus diesem Grund kann sich Brüssel keinen endgültigen Bruch mit Budapest leisten, genauso wenig wie Budapest sich dem europäischen Druck vollständig entziehen kann. Die eigentliche Lehre aus dieser Angelegenheit lautet daher: Ohne politische Kohärenz und ohne die Fähigkeit, Souveränität in echte Autonomie umzusetzen, läuft die Souveränität Gefahr, zu einer zerbrechlichen Maske zu verkommen, die dazu bestimmt ist zu fallen, sobald sie dem Test der Realität nicht mehr standhält.

Und schließlich eine Frage: Was wird der große ungarische Globalisierungsmagnat Soros nun mit dem neu gewählten Ministerpräsidenten anstellen? Und wie wird es mit Viktor weitergehen? Wenn Brüssel es so eilig hat, die Kontrolle über Ungarn zu übernehmen, werden wir das wohl bald erfahren.